Süddeutsche Zeitung, 11. Mai 2012

Bürokratie frisst Universität

Wie der Bologna-Prozess weitergeht / Von Stefan Kühl

Weit mehr als vierzig europäische Bildungsminister haben sich Ende April in Bukarest getroffen, um den Fortgang der Bologna-Reform zu verabreden, und kaum einer hat es bemerkt. Liest man die Erklärung, die die Bildungsminister in Bukarest verabschiedet haben, ist die Ignoranz dieser Konferenz auf den ersten Blick verständlich – handelt es sich auf den ersten Blick bei der Erklärung doch lediglich um die übliche Aneinanderreihung von schönen Wörtern. Es ist die Rede von „kreativen, innovativen, kritisch denkenden und verantwortungsvollen Hochschulabsolventen", die sich nicht nur „multidisziplinäre und innovative Fähigkeiten und Kompetenzen" aneignen, sondern auch über aktuelles Fachwissen verfügen sollen.

Diese Wortkaskaden können aber nicht verbergen, dass es den Bildungsministern bei der Bologna-Reform vor allem um ein „Weiter wie bisher" geht. Die Bologna-Reform wird von den Bildungsministern als ein erfolgreiches Mittel zur Bekämpfung von lang bekannten Missständen präsentiert. Sie glauben nach wie vor, dass durch die Zweigliedrigkeit der Studiengänge, die Einführung eines Leistungspunktesystems und die Modularisierung des Studiums die Akademikerquote erhöht, der Anteil der Studienabbrecher gesenkt und die Mobilität der Studierenden zwischen den Hochschulen gesteigert wird.

Dass die Ziele der Bologna-Konferenz in vielen europäischen Ländern bisher nicht erreicht wurden, wird dabei nicht auf ein Zuviel, sondern auf ein Zuwenig von Bologna zurückgeführt. Die Kritik an einem europaweit standardisierten Leistungspunktesystem, mit dem jede Stunde, die ein Student oder eine Studentin in ihrem Studium zu studieren hat, im Voraus kalkuliert werden muss, wird von den Bildungsministern einfach ignoriert. Die Proteste der Studierenden gegen die zunehmende Verschulung ihrer Studiengänge werden mit symbolischen Maßnahmen wie Abschaffung von Anwesenheitslisten oder mit Lippenbekenntnissen zu kritikfähigen Studierenden abgefangen.

Dabei wird völlig übersehen, dass die Bologna-Reform an den Hochschulen zu einer bisher nicht gekannten Bürokratisierung geführt hat. Die Beschreibung eines einzelnen Studiengangs, die vor der Bologna-Reform häufig in eine einzige Klarsichtfülle gepasst hat, füllt inzwischen mehrere Aktenordner, weil letztlich stundengenau definiert werden muss, was und wie Studierende zu lernen haben. Die Studien- und Prüfungsordnungen, die fächerspezifischen Bestimmungen und die Modulhandbücher von Studiengängen sind inzwischen so umfangreich geworden, dass selbst die meisten Lehrenden des Studiengangs sie nicht mehr kennen.

Exakt neunzig Stunden für Hegels Rechtsphilosophie, dann kommt die Prüfung

Die Bukarest-Erklärung wird dieser Bürokratisierung des Studiums noch einen weiteren Schub geben. In einer kleinen – zwischen den Wertelisten versteckten – Passage wird gefordert, dass die Definition von Lernzielen weiter vorangetrieben werden soll und diese mit dem Leistungspunktesystem zu koppeln sei. Das bedeutet letztlich nichts anderes, als dass für jedes Modul – vielleicht sogar für jede einzelne Veranstaltung – eines Studiums definiert werden muss, was gelernt wird und wie viel Zeit die Studierenden dafür einzuplanen haben. Zukünftig soll für Philosophiestudenten vorausgeplant werden, dass sie genau neunzig Stunden Zeit dafür haben, die Hegel'sche Rechtsphilosophie zu begreifen. Danach haben sie ihre so erworbene Kompetenz in einem Exposé von acht Seiten nachzuweisen. Ein solches Modell mag sich für Sprachschulen eignen, für Fachhochschulen und Universitäten mit den kaum zu planenden Aneignungsstrategien von Studierenden ist es völlig ungeeignet.

Bisher ist diese Planungsphantasie lediglich eine kleine Passage in einer unverbindlichen Absichtserklärung der europäischen Bildungsminister. Schließlich haben sie keine formale Kompetenz, über die nationalen Parlamente hinweg die Hochschulpolitik festzulegen. Aber es ist jetzt schon absehbar, dass in den Landesparlamenten auch weiterhin solche unverbindlichen Erklärungen in Gesetze gegossen werden – mit dem Argument, dass man sich auf europäischer Ebene ja auf eine solche Regelung geeinigt habe und dass man als einzelnes Bundesland schließlich nicht ausscheren könne. Irgendwann wird dann von den einzelnen Fachhochschulen und Universitäten verlangt werden, dass sie für jedes einzelne Modul genaue Lernziele festlegen und dafür zu kalkulieren haben, wie viel Zeit Studierende dafür benötigen. Die ausgedruckten Studienordnungen, Lehrpläne und Modulhandbücher eines einzelnen Studiengangs werden dann zukünftig vermutlich nicht mehr in mehreren Aktenordnern, sondern nur noch in Umzugskartons transportiert werden können.

Der Effekt wird nicht nur eine weitere Bürokratisierung, sondern besonders auch eine weitere Verschulung des Studiums sein. Es ist jetzt schon absehbar, dass zwar fast alle Beteiligten – Bildungspolitiker, Hochschulleitungen, Lehrende und Studierende – diese Bürokratisierung und Verschulung beklagen werden, dass sich aber letztlich niemand dafür verantwortlich fühlen wird.

Der Autor ist Professor für Organisationssoziologie in Bielefeld.